

frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Blatt erscheint an jedem Montag: Monats-Gesamtpreis
bei Abholung bei den Buchdruckern der Stadt 1.50 M., in den Buchläden
etwa bei Buchdruckern 1.00 M., bei Zeitungen im Buchgeschäft 1.00 M.,
bei Zeitungen im Kaufhaus 2.00 M.
Wochenzeitung 50 Pf., Monatszeitung 10 Pf., Sonderausgabe 20 Pf.
Postabonnement: 10 Pf. Jahresabonnement 100 Pf. Gewerbeabonnement 200 Pf.
Zeitungsschreiber 50 Pf. Zeitungsverkäufer 50 Pf.

Zweigblattpreis: Der Zweigblattpreis für die 20 mm. breite einheitliche
Zeitungslieferung beträgt 20 Pfennige, für die 14 mm. breite zweitl. Seite
80 Pfennige. Für die 12 mm. breite Seite im Buchgeschäft 60
Pfennige. Nichts Anfang ist bei Kaufhaus zu bezahlen. Als Kosten
und Bezahlung 1 Hölle Gedenkblätter — für kleinste Kapazität und
bei Tageszeitungen 10 Pfennige. Bei größeren Ausgaben ist im Buch-
handel oder Buchdruckerei Erstattung nach schriftlicher Bestellung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, Nähe des Amtsgerichts und des Stadtkreises zu Frankenbergs und der Gemeinde Niederwiesa.
• Notizenblatt und Verlag: C. & Rößberg (Inhaber Ernst Rößberg jun.) in Frankenberg ½ Verantwortlich für die Redaktion: Karl Siegert, Frankenberg.

N 276

Sonnabend den 27. November 1926 nachmittags

85. Jahrgang

Aurzer Tagespiegel

Das Reichskabinett hat gestern den Entwurf des Arbeitsbeschaffungsgesetzes genehmigt.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages tritt heute zu einer neuen Sitzung zusammen.

Reichsausgabenminister Dr. Stresemann wird trotz seiner Indisposition heute sowohl im Haushaltsausschuss wie auch im Auswärtigen Ausschuss erscheinen, um den den auf der Tagessitzung stehenden Fragen persönlich Stellung zu nehmen.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold Behr sprach gestern mit Vertretern der Beamtenkasse die Möglichkeit der Erleichterung der wirtschaftlichen Lage der unteren Beamtenklassen bzw. einer Ausschaltung einer Beihilfe noch vor Weihnachten.

Bei dem deutschen Gesandten in Warschau fand gestern ein großer diplomatischer Empfang statt, der von der polnischen Presse als die Beweise dafür angesehen wird, dass die deutsch-polnischen Verhandlungen einen guten Verlauf nehmen. Die politische Delegation begibt sich am Sonntag wieder nach Berlin.

In Athen fand gestern die feierliche Eröffnung des Parlaments statt, bei der Ministerpräsident Kondolis eine Botschaft des Präsidenten verlas.

An der polnisch-litauischen Grenze hat sich gestern ein Grenzschlussfall ereignet.

Bei der Wirkelsturm katastrophe in Riosos sind 60 Personen ums Leben gekommen.

Bei einem Tunnelbau in der Nähe von Tafelberg in Amerika sind infolge Überschwemmungen durch starke Regensäule 14 Arbeiter ertrunken.

Auf der Suche nach einer Mehrheit

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 27. November.

Das Kabinett beantragt seine Beratungen über das Arbeitsbeschaffungsgesetz am Freitag nachmittag und rümpft daran die Fächer der Regierungsparteien und später die der Opposition. Wie wissen, haben sich die Parteiführer sehr zurückhaltend über den Regierungsentwurf verhalten und erklärt, dass sie zunächst ihren Fraktionen Recht erstatzen wollten, ehe sie der Regierung eine abweichende Antwort ertheilen könnten. Das gilt besonders für die Sozialdemokraten, die ihre Wünsche hinsichtlich der Ausnahmevereinbarungen in der Arbeitszeit für nicht genügend berücksichtigt halten. Aus den Kreisen der Regierungsparteien erfahren wir, dass die Koalition geschlossen für den Gesetzentwurf eintrete, während er bis zur Deutschen Volkspartei durchaus nicht bestiegt. Die Sozialdemokraten werden ihre Zustimmung zum Gesetz nicht geben, sondern es definitiv ablehnen lassen.

Städtische Truppenverstärkungen in Südtirol

Berlin, 27. 11. Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist das italienische Truppenkontingent in Südtirol in der letzten Zeit nicht unerheblich verstärkt worden. In der Nähe des Brennerpasses, unmittelbar an der österreichischen Grenze, ist eine Kaserne für ein Bataillon Alpini gebaut sowie im Bludenz und nach Sterzing schwere Artillerie und Flieger gelegt worden. Die Stärke in Südtirol zur Zeit steht den italienischen Truppen nun mit mindestens 20 000 Mann an-

Einberufung einer Viermächtekonferenz nach Genf

Paris, 27. 11. (Rundschau) Im "Matin" fordert Sauerwein, dass der bevorstehende Völkerbundesrat eine Konferenz der vier Großmächte Deutschland, Frankreich, England und Italien folgen werde. Bei dieser Gelegenheit sucht Sauerwein nachzuweisen, welches Entgegenkommen Deutschland seitens Frankreich bisher schon gefunden. Er erinnert daran, dass Stresemann den Alliierten in Locarno eine Liste mit einer Reihe deutscher Forderungen vorgelegt habe, die mit Ausnahme der Aufhebung der Militärkontrolle und besonders in einer späteren Konferenz, zu der auch Russland kommen werde, weiter Stresemann erfüllt worden seien (?). Zur Militärkontrollfrage suchte man jetzt die leicht strittigen Punkte zu regeln und in Genf würden die Minister der an der Kontrolle beteiligten Länder die Form studieren, die die Überwachung durch den Völkerbund gegeben werden sollte. Seit Thöny bestätigte Deutschland auf der Abstimmung der Beleidigungsfristen in der Zone von Koblenz und Mayen, Deutschland sei aber bis jetzt noch nicht in der Lage gewesen, konkrete Gegenangebote zu machen. Man erwarte diese Angebote Deutschlands, um zu entscheiden, ob sie das französische

Parlament und die öffentliche Meinung Frankreichs zu einem Verzicht auf einen Teil der Rechte Frankreichs bestimmen können. Deutschland stärkt hypothekiert auf die Frage der Rheinlandbesetzung und vergesse, dass es sich um eine Annäherungspolitik handele, deren Früchte langsam reifen müssten. Diese Politik habe schon wertvolle Ergebnisse und die Zusammenarbeit beider Länder gebracht, die jede Wohle durch neue zuhängende Vereinbarungen befunden werden. In Genf und besonders in einer späteren Konferenz, zu der auch Russland kommen werde, werde Stresemann alle Entscheidungen der europäischen Politik teilnehmen als der Vertreter einer Nation, die in dem von Brasilien erstellten Viermächtebund eine gleichberechtigte Rolle spielen werde. Mit der Teilnahme des italienischen Ministerpräsidenten könnten die kommenden Konferenzberatungen gewisse Gefahren beschwören, die in den letzten Monaten am Horizont ausgetaut seien, aber nur dann, wenn die verantwortlichen Minister den Druck der Nationalisten ihrer Länder zu widerstehen vermögen.

Neue Verschleppungsversuche in Paris

Von unserem Berliner Vertreter.

Berlin, 27. November. Seit Einleitung der Verhandlungen über zwischen Deutschland und Frankreich ist die Reichsregierung von Paris aus nie mit schnellen Entwicklungen in den Fragen verwöhnt worden, die sich auf ein Entgegenkommen gegenüber deutschen Wünschen beziehen. Darum lag es auf der Hand, dass man sich mit der Behandlung der Militärkontrolle auch länger Zeit lassen würde, als unbedingt nötig ist. Seit Anfang dieses Jahres beschäftigt sich die Viermächtekonferenz fast ausschließlich mit der Frage, wann die Entwaffnung in Deutschland als durchgeführt anzusehen und damit die Auflösung der Internationalen Kontrollkommission vorgenommen werden kann. Die verschiedenen Anstrengungen, die der Reichsregierung durch eine sofortige Notizenübermitteilung mitgeteilt wurden, sind von ihr bis auf geringe Öffentlichkeit erfüllt worden, und trocken abgesehen man in Paris mit der Aufhebung der Kontrolle.

Der diplomatische Meinungsaustausch, der in dieser Angelegenheit seit einigen Wochen die Räume in Berlin, London, Paris und Brüssel stark beschäftigt, erwacht zuerst die Hoffnung, dass durch eine Entscheidung bis zum Beginn der Völkerbundestagung im Dezember erwartet werden könnte. Die Widerstände in Paris scheinen jedoch so stark zu sein, dass alle Bemühungen des französischen Außenministers, die Lage nicht unruhig zu verhindern, fruchtlos bleiben und somit in den nächsten vierzehn Tagen eine Einigung mit Deutschland als unmöglich angesehen werden muss. Es ist auffällig, dass die englische Regierung gegen die Haltung Frankreichs nichts unternimmt und dem standlosen Spiel der französischen Militärs durch eine offizielle Verhandlung einen schnellen Ende bereitet. Es liegt auf der Hand, dass eine Verschleppung der Beendigung der Kontrolle durch die Beschuldigung auch eine Beendigung der Investitionsfrage in Genf hinauszögert. Der Völkerbund-Generalsekretär hat sich in London und Paris dementprechende Informationen bereits eingeholt. In Berlin ist man gespannt, wie die Verteilung Drummonds bezüglich der Behandlung der Kontrollfrage aussehen werden. Sicher wird sich der Generalsekretär stark nach den Wünschen des englischen und französischen Staates richten und eventuell der Reichsregierung vorschlagen, die Angelegenheit erst auf der Währungstagung des Völkerbundes vorgenommen. Von dann natürlich keine Rede sein. Die Beendigung einer weiteren Tätigkeit der Kontrollkommission besteht nicht mehr, nachdem die Entwaffnung in Deutschland durchgeführt ist. Die Reichsregierung glaubt das Recht zu haben, auf Beendigung der Kontrollfrage auf der Dezembertagung des Völkerbundes zu bestehen. Diesen Standpunkt, der den Regierungen der Westmächte durchaus bekannt ist, wird sie auch gegenüber Sir Drummond mit aller Eindringlichkeit vertreten.

Die Anerkennungen der französischen Presse über einen ungünstigen Verlauf der Pariser Kontrollverhandlungen haben der deutschnationalen Presse Anlass zu der Besorgnis gegeben, dass die Reichsregierung sich geneigt zeigen könnte, Kompromisse einzugehen. In amtlicher Stelle wird verschwiegen, dass diese Gefahr nicht besteht und dass das Kabinett noch wie vor die völlige Auflösung der Kontrollkommission verlangt und die Übernahme der Kontrollstafette durch den Völkerbund fordert, wie sie im Vertragserneuerungsvertrag vorgesehen ist. Auch in der Investitionsfrage werde sie Jugendstil an Frankreich nicht machen, sondern ihren Standpunkt aufrechterhalten, dass eine ständige oder "stabilisierte" Kontrolle im Heimatland für unabschätzbar sei. Die Reichsregierung befindet sich in einer äußerst schwierigen Lage, sie ist aber bereit, alle anderen Aufgaben zurückzuhalten, um die Lösung der Militärkontrollfrage beschleunigt und in ihrem Sinne durchzuführen.

Zur sächsischen Regierungsbildung

Die erste Landtagsitzung hat bereits einigermaßen Ablauf darüber gebracht, ob es im Landtag in ferner neuen Zusammenziehung möglich sein wird, eine tragfähige Regierung zu schaffen. Die Zusammenziehung des Präsidiums läuft gewisse Schritte zu. Alle Bemühungen der Kommunisten und der mit ihnen verbündeten Linksoffizialen, dem Landesparteidienst ein „proletarisches Gesetz“ zu geben, schlagen fehl. Man wählt zwar, allem parlamentarischen Brauche entsprechend, den Prä-

Um den Schutz unserer Jugend

Die Linke gegen den Nazischen Gesetzentwurf

Berlin, 26. 11. Präsident Röhr eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schaub- und Schnaußschülern.

Von den Sozialdemokraten, den Kommunisten, den Demokraten und der Deutschen Volkspartei sind zahlreiche Änderungsanträge eingegangen.

In der allgemeinen Ansprache weist

Reichsinnenminister Dr. Röhr unter Anführung umfangreichen Materials darauf hin, dass die Einbringung des Gesetzes dem einstimmigen Verlangen des Parlamentes, des Ausschusses der deutschen Jugendverbände und der im Vorbergründ des Kampfes gegen Schaub und Schnauß stehenden behördeten und freiwilligen Körperchaften entspreche. Der Kampf gegen Schaub und Schnauß müsse auf doppelter Art geführt werden. Prohibition, indem man die Schandliteratur der Jugend fernhält, und positiv, indem man die wertvolle Literatur zuführt. Alle positiven Versuche würden jedoch wirkungslos bleiben, wenn nicht Schaub und Schnauß aus dem Wege gerückt würden. Es sei eine romantische Vorstellung, dass die Überwindung des Schnaußes auf dem Wege der Gewöhnung an die gute Literatur sich von selbst vollziehen würde. Die durehsetzung des Gesetzes sei Kampf gegen Schaub und Schnauß. Die innere Zielführung der Schaub und Schnauß. Dieser Schaub ist keine geistige Freiheit, der Alteratur, der Kunst oder der Wissenschaft in sich. Was mit dem Gesetz geschaffen werden soll, liegt völlig jenseits der Grenzen geistigen Schaffens. Die Freiheit der Kunst habe niemals etwas zu tun mit schmückenden Geschäftsräumen.

Der reise Mensch werde sich aus eigener Kraft dem literarischen Schaub gegenüber fühlen können. Der junge unreife Mensch braucht Schaub und Führung. Niemals seien die deutsche Literatur, Kunst oder Wissenschaft mehr von Schaub und Schnauß behindert gewesen als jetzt. Das Gesetz verleiht nicht, sondern antreibt die Würde der Kunst.

Der Minister spricht das Hoffnung aus, dass sich alle Beteiligten darüber klar sind, dass der Schaub der Jugend ein hohes stilles Gebot sei, zu dessen Erfüllung man nach überinstimmender Zustimmung aller in der Jugendbewegung stehenden Kreise dieses Gesetz braucht.

Staatssekretär Weizmann

gibt für die preußische Staatsregierung eine Erklärung ab, wonach sich diese auf Grund normativer Ausführungen der deutschen Gesetzeswelt zu einer reinen Vertiefung der Frage veranlaßt geschaut habe. Die preußische Staatsregierung werde gegen ein in der jetzigen Form zu handbe gesetztes Gesetz im Reichstag die Einlegung des Einspruchs beantragen. (Hört, hört recht.) Sie habe Bedenken dagegen, dass die Entscheidung der Präfekten der Länder unmittel-

bar für das Reich haften soll. Diese Bedenken kann nicht durch das Recht bestellt werden, bei der Oberpräfektur Ein spruch zu erheben. Aus grundfachlichen Erwägungen müsste vielmehr eine Form gefunden werden, wodurch die Entscheidung einer Landespräfektur, nach der Beurteilung einer Dorsentscheidung erhält, auf Grund deren eine Zeitschrift noch nicht auf die Liste gezeigt werden kann.

Abg. Scheid (S.) weiß darum hin, dass die so oft gewünschte Vereinbarung zwischen Reich und Ländern bei dieser Vorlage nicht vorhanden sei und beantragt erneute Rückverweisung an den Ausschuss.

Reichsinnenminister Dr. Röhr erwidert, dass die Erklärungen Preußens ernsthafte Würdigung verdienten. Dazu sei aber noch Zeit, wenn das Gesetz an den Reichstag gebracht. Die Elitenehre Preußens könnten ja auch schon in der Reichstagsdebatte verwertet werden.

Der Antrag auf Rückverweisung wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgestimmt.

Abg. Mumme (Dnl.), der von den Kommunisten mit lauter Halle empfangen wird, stellt eine ungewöhnliche Verabschiedung der Vorlage vor.

Die bestehenden Zustände seien unerträglich. Die Jugend müsse gelehrt werden.

Die ablehnende Haltung der Linksparteien sei bedauerlich und unverständlich. Durch die Beendigung der niedrigen Schandliteratur werde die Rauhaft für gute Literatur nur gehoben.

Abg. Scheid (Soz.) weiß der Rechten vor, sie wolle Kunst und Wissenschaft in festem Schau-

men. (Zur rechts: Scheid, ich nach Heiterkeit.)

Die Nationalversammlung habe einen ganz anderen verlangt als diesen unmöglichen Gesetzentwurf, der unbedingt zu Fall gebracht werden muss.

Abg. Frau Weber-Berlin (Arz.) erklärt, dass das Judentum die Vorlage nicht für verfassungsdienend halte. Das Judentum würde immer für den Schaub und Schnauß stehen. Die bestehenden Zustände seien jenseits der Grenzen geistigen Schaffens.

Die Freiheit der Kunst habe niemals etwas zu tun mit schmückenden Geschäftsräumen.

Abg. Dr. Nunkel (D. Op.) betont, dass es sich hier um ein Kulturregime mit Erziehungsinstitutionen handelt. Beide sei die preußische Erklärung sehr gefallen. Vom religiösen Standpunkt aus müsse man für das Gesetz stimmen. Wir wollen das Gesetz sich auswirken lassen. Es wird gewiss nicht den lange geworbenen Befreiungen Recht geben.

Abg. Rosenbaum (Romm.) hält die gegenwärtigen Gesetzesbestimmungen für ausreichend und lässt den Gesetzentwurf ab. In einem sogenannten Hindenburg-Entwurf finden sich recht verlangsame Änderungen, aber gegen solchen Schnauß wird dieses vorliegende Gesetz nicht angewendet werden, sondern nur gegen revolutionäre Richtungen.

Das Haus verlässt sich.

Eine neue Korruptionsaffäre in der Umschau-Slowakei

Prag, 26. 11. Wie das "Prager Tageblatt" erichtet, wurden heute bei einer amtlichen Bilderversammlung in mehreren Prager Judenläden Gold von je 5 Millionen Kronen festgestellt, die als Beutegut des Reichsanwalts Haben geladen waren. Es erklärte, dass er die Beutage dazu vorgenommen habe, um die Beleidigung von Justizbehörden dieser Fabrik durch das Bodenamt zu verhindern. Die Uffäre nimmt einen großen Anfang an. Höhere Beamte und Politiker haben im Verdacht, von Haben Beleidigungsgelder angenommen zu haben.

Die Umschau-Slowakei gibt für die preußische Staatsregierung eine Erklärung ab, wonach sich diese auf Grund normativer Ausführungen der deutschen Gesetzeswelt zu einer reinen Vertiefung der Frage veranlaßt geschaut habe. Die preußische Staatsregierung werde gegen ein in der jetzigen Form zu handbe gesetztes Gesetz im Reichstag die Einlegung des Einspruchs beantragen. (Hört, hört recht.) Sie habe Bedenken dagegen, dass die Entscheidung der Präfekten der Länder unmittel-